

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.  
Abonnement in der Stadt wöchentlich M. 1,35 monatlich 45 Pf.  
Bei allen Wäldern, Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbarortsvorkauf wöchentlich M. 1,35, ausserhalb desselben M. 1,35, dazu Bestellschein 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.  
Veröffentlichungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle u. während der Saison mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf. Ausdrücke 10 Pf., die Kleinspaltige Germandzelle. Reklamen 15 Pf. die Pettzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Fournitures nach Vereinbarung. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 30.

Freitag den 6. Februar 1914.

31. Jahrgang.

### Deutsches Reich.

#### Die Reichstagsersatzwahl in Offenburg-Neckl.

Der am 30. Januar 1912 in der Stichwahl mit einer Mehrheit von 8 Stimmen gewählte nationalliberale Abgeordnete Bösch, dessen Wahl bekanntlich angefochten worden war, hatte wie erinnerlich, sein Mandat niedergelegt. Auch diesmal ist er mit dem Zentrumskandidaten in die engere Wahl gekommen. Die liberalen Hoffnungen, den Wahlkreis wie 1907 im ersten Wahlgang zu holen, sind zunichte geworden. Die Aussichten des Zentrums für die Stichwahl sind wenig verheißungsvoll. Die beiden liberalen Parteien haben ihre Stimmen um 655 vermehrt, das Zentrum die seinen um 644. Bei der Sozialdemokratie zeigt sich die gleiche Erscheinung, die schon bei der Landtagswahl in einer großen Zahl von Bezirken zutage getreten ist. Ihre Stimmengahl ging zurück, und zwar bei dieser Ersatzwahl von 3705 am 12. Januar 1912 auf 3032 heute. Die liberalen Parteien — die Nationalliberalen und von der Fortschrittlichen Volkspartei nachdrücklich unterstützt worden — haben sich sehr gut gehalten. Sie haben ihre Stimmengahl nicht nur behauptet, sondern, wie bereits erwähnt, um rund 650 Stimmen vermehrt. Im Bezirk Offenburg sind ihre Stimmen von 2680 auf 3025 und in der Stadt Offenburg von 1030 auf 1204 gewachsen. Die Zentrumstimmen sind in diesem Bezirk von 8705 auf 9080 gestiegen, während die Sozialdemokratie einen Rückgang von 1990 auf 1576 zu verzeichnen hat. Im Bezirk Oberkirch, in dem 96,7 Proz. der Bevölkerung katholisch sind, sind die liberalen Stimmen von 741 auf 812 gestiegen. Allerdings hat das Zentrum eine Stimmenvermehrung von 2651 auf 2914 erhalten, wobei man aber wohl annehmen darf, daß der sozialdemokratische Stimmenverlust von 163 Stimmen in diesem Bezirk ganz dem Zentrum zugute kam. Auch im Bezirk Nechl haben sich die liberalen Stimmen gesteigert und zwar von 5541 auf 5777, während das Zentrum hier nur um 10 Stimmen zugenommen hat. Die Sozialdemokraten haben etwa 100 Stimmen im Bezirk Nechl verloren. Das Zentrum hat im ganzen rund 640 Stimmen, prozentual also im geringeren Maße als die Liberalen, zugenommen. Das Resultat darf für die Liberalen als ein sehr erfreuliches bezeichnet werden. Es läßt erkennen, daß die liberale Sache aus Erfolg rechnen darf, wenn energisch und systematisch gearbeitet wird. Nun gilt es für die Stichwahl alle freischütten gesinnten Elemente zusammenzufassen und die letzten Kräfte aufzubieten. Dann wird es möglich sein, den Wahlkreis für die Linke zu halten.

#### Deutsche Bauernpolitik.

In einem Vortrag über deutsche Bauernpolitik hat jüngst der Fortschrittler Alfred Wolf-Strasbourg in einem Frankfurter Vortrag einige bedeutsame Ausführungen gemacht. Im Gegensatz zu den Konservativen und den Sozialdemokraten — so führte der Redner aus —, deren Politik nur den In-

teressen einzelner Klassen dient, muß liberale Bauernpolitik den Fortschritt dort suchen, wo er für die gesamte Reichspolitik liegt. Dabei muß man dem Denken und Fühlen des Landwirts näher zu kommen suchen. Die Landwirtschaft sah sich durch die gewaltige Entwicklung von Industrie und Handel zurückgedrängt. Während von Jahr zu Jahr die Bevölkerung zunahm, ging die landwirtschaftliche Bevölkerung zurück, dabei stellt das Land zu der allgemeinen Bevölkerungszunahme den größeren Teil. In diesen und anderen Vorgängen spürte der Bauer zunächst nur die Nachteile, welche die industrielle Entwicklung ihm brachte. Die daraus entstandene Erbitterung wuchs die Agitation des Agrarierturns, hinter dem der Großgrundbesitz steht, geschickt auszunutzen, während der Liberalismus es versäumte, rechtzeitig aufzulaufen zu wirken, z. B. zu zeigen, wie die 17 Milliarden, welche in Deutschland Industrie und Handel ausgeben für Arbeiterlöhne, der Landwirtschaft einen sicheren Absatzmarkt für ihr Produkt geschaffen haben. So glänzend auch die Entwicklung von Industrie und Handel in Deutschland war, die Landwirtschaft steht beiden nicht in ihren Leistungen nach. Diese Leistungen sind aber im wesentlichen dem kleinen und mittleren Besitz zu danken. Es ist unverständlich und muß auf schärfste beklagt werden, wenn die preussische Regierung durch den neuen Fideikommiss-Entwurf weitere Erschwerungen für Bildung von Großgrundbesitz schafft. Zur lässlichen Arbeiter-Frage bemerkt Herr Wolf, daß es durchaus verfehlt sei, das Verhältnis zwischen Landwirt und landwirtschaftlichen Arbeitern ebenso behandeln zu wollen, wie das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis beruhe auf ganz anderen Grundlagen und benötige ein gewisses Maß gegenseitigen Vertrauens und einer besonderen Hingabe des Arbeiters. Was die Produktion des Landwirts anlangt, so müsse er immer mehr auf Qualität hinarbeiten und von diesem Gesichtspunkt aus müsse man auch alle Forderungen behandeln. Vor allem müsse die Zollpolitik so eingerichtet werden, daß der Abschluß günstiger Handelsverträge möglich sei. Denn es sei undenkbar, daß Deutschland jemals in der Lage sei, seinen landwirtschaftlichen Bedarf voll zu decken. Andererseits sei zu beachten, daß ein Abbau der Zölle, nachdem sich das Wirtschaftsleben einmal auf sie eingerichtet habe, nur in sehr geringem Umfange zu befürworten sei. Die Hauptarbeit des Liberalismus müsse aber in der positiven Arbeit liegen. Bisher habe der Liberalismus die großen Gedanken entwickelt, es aber an der praktischen Durchführung fehlen lassen. Hier sei einzuwirken. Hebung der Bildung der Landwirte durch geeignete Schulen, Auffklärung in jeder Weise. Auf diesem Wege werde es gelingen, den Bauern für liberale Politik zurückzugewinnen, wo sein Vorteil liege.

Darmstadt, 3. Febr. Die Erdbebenwarte Darmstadt-Jugendheim meldet: Das aus Württemberg gestern nach-

mittag gemeldete Erdbeben wurde hier nur als geringfügige Störung ausgezeichnet. Man darf aus diesem Erdstöß vom 2. Februar keinesfalls die Wahrscheinlichkeit der süddeutschen Bebenkatastrophe von 1911 folgern, vielmehr läßt die abnehmende Stärke der Bewegungen vom 31. Mai 1912 bis 2. Februar 1914 eine allmähliche Beruhigung der tektonischen Umlagerung in der Schwäbischen Alb vermuten. München, 4. Febr. Heute vormittag 11 Uhr stürzte der Unteroffizier Söllner der Fliegerkompagnie bei einem Liebungsflyge ab und fiel aus einer Höhe von 40—50 Meter in den Hof der Kaserne des R. Eisenbahntaillons. Söllner galt als äußerst geschickter Flieger, der sich den schwierigsten Situationen gewachsen zeigte. Bei seinem Unglücksflug schrie er niederzugehen zu wollen, denn er senkte sich in kreisförmigem Gleitfluge zur Erde. Bei der zweiten Wendung gelang es ihm nicht mehr, den seitlich zu steil zu stehen gekommenen Apparat aufzurichten, so daß der Absturz erfolgen mußte. Im Fallen schlug der Apparat noch auf dem Dach eines Materialschuppens auf, wodurch der Apparat vollends umkippte und völlig demoliert wurde. Unteroffizier Söllner blieb glücklich verstimmt tot am Plage.

Berlin, 5. Febr. Gestern wurden die beiden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags Benedikt Hebel, Vertreter des Kreises Schwaben 4 und der geistliche Rat Delan und Stadtpfarrer Johann Puch, Vertreter des Kreises Schwaben 2, an der Kreuzung der Blücher- und Ritterwälder-Straße von einem Droschkenautomobil angefahren und zur Seite geschleudert. Sie wurden beide erheblich verletzt, befinden sich aber außer Lebensgefahr.

Berlin, 4. Febr. Dem Berliner Lokalanzeiger zufolge ist Generalleutnant Freiherr von Richtigsen, bisher Kommandeur der Gardelavalleriedivision in gleicher Eigenschaft zur 6. Division in Brandenburg a. S. versetzt worden. Mit der Führung der Gardelavalleriedivision wurde Generalmajor von Belet-Karbonne beauftragt, bisher Kommandeur der 30. Kavalleriebrigade in Straßburg, der Vorsitzende im Kriegsgericht gegen Oberst von Neuter. Der Divisionskommandeur von Lindenau ist zum Gouverneur von Mey ernannt worden.

Berlin, 5. Febr. Eine vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband einberufene Versammlung, in der es sich um die Wahlen zum Kaufmannsgericht handelte, wies unter den etwa zweitausend Anwesenden auch ein Paar Hundert Sozialdemokraten auf. Der Führer der Handlungsgehilfen griff die Sozialdemokraten scharf an. Als diese auch sprachen, erhob sich ein großer Lärm und die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher wurden aus dem Saal gedrängt. Nach dem Berliner Tageblatt soll es dabei auch zu einer Schlägerei gekommen sein.

Straßburg, 5. Febr. Zum Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 99 anstelle des nach Frankfurt a. O. versetzten Obersten v. Neuter ist der Kommandeur der Danziger Kriegs-

Die ersten Entschließungen sind nicht immer die klügsten, aber gewöhnlich die redlichsten. Lessing.

### Durch eigene Kraft.

Von Otto Elser.

„Dann können wir ja verkaufen, Herr Martini. Aber ich muß bemerken, daß wir endlich daran denken müssen, unseren Viehstand wieder aufzubessern. Ohne genügende Viehhaltung geht das Gut immer mehr zurück.“  
„Zum Henker mit Ihrem Vieh! Ich will mein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen.“  
„Davon ist keine Rede, Herr Martini. Ein guter Viehstand bringt Segen ins Haus.“  
„Ja, aber erst in Jahren.“  
„Freilich — so rasch geht's nicht. Geduld muß man haben.“  
„Und dann hat man kaum zwei Prozent Zinsen von dem ausgewanderten Kapital,“ lachte Martini spöttisch. „Nein, mein Lieber, da hab' ich eine bessere Anlage für mein Geld.“  
„Herr Martini“, entgegnete der Inspektor ernst, „ich muß Ihnen offen sagen, daß ich in dieser Weise nicht weiter wirtschaften kann.“  
„So gehen Sie zum Teufel!“  
„Ich bin jetzt zwanzig Jahre auf Martinikensfelde“, sagte der Inspektor traurig. „Als Ihre Gattin noch lebte, da war es eine Freude, hier zu wirtschaften — sie verstand die Wirtschaft — sie half mir, wo sie konnte — um dreißig Prozent bin ich geblieben — und um Fräulein Else's willen.“  
„Nennen Sie den Namen nicht!“ schrie Martini. „Weshalb sollte ich ihren Namen nicht nennen? Sie haben Fräulein Else aus dem Hause getrieben, Herr Martini — wollen Sie auch mich jetzt fortjagen?“  
„Ja — das tue ich, wenn Sie nicht aufhören, mir die Ohren voll zu schreien!“  
„Vielleicht will Ihr Sohn die Wirtschaft führen — na, da wünsch' ich viel Glück. Also — wann kann ich gehen?“  
Dem alten Martini schob der Gedanke durch den Kopf, daß es einen schlechten Eindruck machen würde, wenn er seinen ehrlichen, bewährten Inspektor so plötzlich entlassen würde. Auch sagte er sich, daß dann der Verfall seines

Gutes in noch weit rascherem Tempo vor sich gehen würde, als jetzt. Wagner war ein ehrlicher Mensch, fleißig von früh morgens bis spät abends; er allein hielt die Wirtschaft noch zusammen, er wirtschaftete so gut und sparsam, daß bei genügender Unterstützung das Gut binnen kurzer Zeit wieder in Stand gebracht werden konnte. — Der Inspektor war der einzige, der sich mit aller Kraft gegen den Verfall des Gutes stemmte. Die Zeit, wo er entbehrlich war, war noch nicht gekommen.  
„Sie sind ein Hypochondriker, Wagner,“ sagte Martini darum einleitend. „Sie müssen nicht jedes Wort von mir auf die Waagschale legen, Sie kennen doch meine Art und Weise. Ich denke gar nicht daran, Sie fortzuschicken. Und damit Sie sehen, daß ich für Ihre Gründe zugänglich bin, sollen Sie tausend Mark erhalten, um den Viehstand aufzubessern.“  
„Damit reichen wir nicht weit, Herr Martini.“  
„Na, dann lagen wir fünfzehnhundert Mark.“ Im Frühlung können wir dann wieder einige Ankäufe machen. Sind Sie nun zufrieden?“  
„Ich muß es wohl, Herr Martini.“  
„Na, dann geben Sie mir die Hand und lassen Sie uns wieder Freundschaft schließen. Zum Henker, Wagner, wir werden uns doch jetzt nicht trennen, nachdem wir zwanzig Jahre zusammen gewirtschaftet haben?“  
„Ja, Herr Martini — Sie müssen aber auch Vernunft annehmen.“  
„Will ich auch, mein Lieber. Warten Sie nur noch einige Wochen und alles hier soll besser und schöner werden. Und nun bestellen Sie mir den Wagen, wie mein Sohn und ich — fahren nach Hammersau hinüber. Das Korn können Sie verkaufen und die fünfzehnhundert Mark gleich einbehalten.“  
„Schön, Herr Martini — das ist doch etwas.“ Und der Inspektor entfernte sich, während Martini spöttisch hinter ihm drein lächelte.

und entgegnete: „Ja, es trieb mich nach Haus, ich sehne mich nach einer ernsthaften Beschäftigung und denke, Vater in der Verwaltung Martinikensfelde's zur Hand zu gehen.“  
„Ist auch die höchste Zeit,“ brummte Herr Hammer. „Diese Inspektoren betrügen uns an allen Ecken und Enden. Wenn ich noch jünger wäre, hätte ich meinen Inspektor schon längst zum Teufel gejagt. — Trude,“ wandte er sich an seine Tochter, „sage der Köchin, daß die beiden Herren zum Abendessen hier bleiben; sie soll für ein ordentliches Essen sorgen, den verdammten Schweinebraten will ich nicht wieder auf dem Tische sehen.“  
Trude wollte gehen, doch Franz Martini trat ihr entgegen.  
„Sie entsinnen sich des alten Spielskameraden wohl nicht mehr, Fräulein Gertrud?“ fragte er, ihr die Hand reichend.  
„Sie haben sich allerdings sehr verändert,“ entgegnete Trude mit leichtem Lächeln, „und aus dem wilden Buben ist ein großer Herr geworden.“  
„Die Kinderstube hab' ich allerdings längst ausgezogen,“ sagte Franz lachend, „Aber ich denke, wir können doch gute Freunde bleiben.“  
„Ich will es hoffen, Herr Martini,“ erwiderte Trude ernst und verließ das Zimmer, um mit der Köchin Rücksprache zu nehmen.  
Die beiden alten Herren hatten im Sofa Platz genommen und schienen in ein wirtschaftliches Gespräch vertieft. Franz stand am Fenster, trommelte leise mit den Fingern auf die Scheiben und blickte gedankvoll auf den wohlgepflegten Hof hinaus, der sich vor dem Herrenhause ausbreitete. So wußt der alte Hammer für seine Person dahinlebe, mit solch peinlicher, ja übertriebener Sorgfalt achtete er darauf, daß sein Haus und sein Gut in tadellosem Zustande sich befand. Wehe dem Inspektor, wenn Herr Hammer am Sonnabend nachmittag einen Strohhalm auf dem Wirtschaftshofe fand, oder wenn die Ackervagen nicht in genauer Richtung dastanden! Wehe dem Gärtner, wenn die Wege des Parkes und der Schlosshof nicht sauber gehalten waren, und ein Donnerwetter über das andere hagelte auf die Köpfe der Kutscher, Knechte und Rägde nieder, wenn es in den Ställen nicht immer nach Wunsch des Herrn Hammer aussah. Dieser war in seiner Jugend Kavallerie-Offizier gewesen und er setzte seinen Stolz darauf, soldatische Ordnung auf seinem Besitztum zu halten.

Fortsetzung folgt.

schule, Oberleutnant Gündell, ernannt worden. Sein Nachfolger in Danzig ist Major Müller vom 15. Infanterieregiment in Minden.

**Seigeland, 4. Febr.** Das Luftschiff „Sachsen“ überflog heute Mittag die Gafenanlagen, umkreiste die Insel, flog über die Düne und das hinter der Düne liegende Gewässer und verschwand dann wieder in dichtem Nebel. Die „Sachsen“ führte die Reichsdienstflotte.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. Februar 1914.

Am Bundesratsliche Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr und teilte zunächst mit, daß die Abgeordneten Hebel und Büg heute morgen von einem Kraftwagen angefahren worden seien und schwer verletzt in das Hedwig-Frankenhaus gebracht werden mußten. Auf Anfrage habe er erfahren, daß das Befinden des Abg. Büg verhältnismäßig gut, dagegen das des Abg. Hebel ein wenig günstiger sei. Er glaube im Namen aller Abgeordneten zu sprechen, wenn er beiden Herren Kollegen baldige Wiederherstellung und völlige Genesung wünsche. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus setzte sodann die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern fort und wandte sich dem zum Titel „Staatssekretärgesetz“ von den Polen, dem Zentrum und den Sozialdemokraten eingebrachten

**Resolutionen zur Frage des Vereinsrechts**  
zu. Die Resolution der Polen verlangt die Aufhebung der §§ 12, 17, 18 Ziffer 5 und 6, sowie 19 Ziffer 3 des Vereinsvereinsgesetzes sowie eine Einfügung, daß, so weit ein oberstes Landesgericht besteht, dies allein in Strafsachen wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 18 und 19 für die Verhandlung und Entscheidung der Revisionen und Beschwerden zuständig ist.

Die Resolution des Zentrums verlangt die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 in freierem Sinne abändert, insbesondere 1. das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) aufhebt; 2. das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen (§ 17) beseitigt; 3. das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, (§ 13) in einschränkendem Sinne festsetzt; 4. die Ausübung des Versammlungsrechts gegen Behinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizeistunde schützt; 5. für die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung (§ 6), deren Bekanntgabe in einer Zeitung, welche in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt.

Die Resolution der Sozialdemokraten verlangt einen Gesetzentwurf, welcher das Vereinsgesetz in folgender Weise abändert: 1. Die Geltung landesrechtlicher polizeilicher Bestimmungen über den in § 1 Absatz 2 des Vereinsgesetzes bestimmten Umfang hinaus ist unbedingt auszuschließen; 2. aufzuheben sind: a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Überwachung politischer Versammlungen, b) das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen, c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen; 3. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen sind zu beschränken auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken.

**Abg. Dr. v. Laszewski (Polen):** Den Polizeibehörden ist es gelungen, uns Polen so gut wie außerhalb des Reiches und Gesetzes zu stellen. Das leitende Motiv der Strafbestimmungen des Vereinsgesetzes ist ein politisches. Das Vereinsgesetz ist weiter nichts als ein weiteres Glied in der Kette der Germanisierung der Polen. Wir wollen keine Gnade, wir verlangen gleiches Recht für alle. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wenn den eigenen Staatsbürgern es verboten ist, auf ihrer Sprache die Muttersprache zu gebrauchen, um ihre eigenen Angelegenheiten zu besprechen, so verstoßt diese Behandlung gegen das Naturgesetz. Der Sprachenparagraf ist ein politischer Paragraf. In der Praxis führt er zur Entrechtung. Alle Versammlungen polnischer Volkvereine, alle geschlossenen Vereinsitzungen werden als öffentliche angesehen. (Hört! Hört! bei den Polen; Auf; Unerhört!) Selbst die Theateraufführungen in polnischer Sprache werden in Bestrafung als Versammlungen behandelt, in denen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht zugegen sein dürfen. Sogar Enthaltensvereine und wissenschaftliche Vereine, die mit Religion und Politik gar nichts zu tun haben, werden für politisch erklärt und dem Vereinsgesetz unterstellt. (Hört, hört! bei den Polen.) Mit Gewalt kann man ein Land erobern, aber niemals mit Gewalt auf die Dauer regieren. (Beifall bei den Polen.)

**Abg. Legien (Soz.):** Der jetzige Reichskanzler hat bei der Beratung des Vereinsgesetzes als Staatssekretär auch die Erklärung abgegeben, daß man dafür sorgen werde, daß das Gesetz nicht in kleinlichem Geiste ausgeführt würde. Der kleinliche preussische Polizeigeist, der aus dem reaktionären preussischen Vereinsgesetz von 1850 spricht, hat sich auch bei der Ausführung des Gesetzes als allmächtig erwiesen. Seitens der Kommission wurde angenommen, daß nur die Versammlungen überwacht werden dürfen, die anmeldspflichtig sind. Man vertraute auf die Erklärungen des Staatssekretärs. Die Polizei erklärt aber alle möglichen Versammlungen für politisch, konstruiert sich daraus ein Anmeldegesetz und leitet daraus dann das Überwachungsrecht her. Gerichte haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Wenn man so willkürlich verfährt, dann gibt es natürlich kein Gesetz mehr und alles hängt von der Willkür der Polizei ab. Wenn sozialdemokratische Versammlungen verhindert werden sollen, bedient man sich dazu des Vereinsgesetzes. Ebenso verhält es sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Die

### polizeilichen Gutachten

über manche gewerkschaftlichen Organisationen gehen teils von falschen Voraussetzungen aus, teils enthalten sie tatsächliche Unrichtigkeiten. Der Polizeipräsident von Berlin, Herr Dr. jur. v. Zagow, hat in diesen Fragen ein Gutachten abgegeben, bei dem man nicht weiß, ob man sich mehr über seine juristische Unkenntnis oder über seinen Mangel an Gewissenhaftigkeit wundern soll. (Vizepräsident Dr. Baasche rügt diese Ausdrucksweise und ersucht den Redner, sich in seiner Kritik zu mahigen.) In seinem Gutachten über die Zusammenlegung und die Betätigung der General-Kommission gibt der Polizeipräsident einen falschen Bericht. Das Gutachten ist zu vergleichen mit einer eidlichen Aussage vor Gericht, und der Polizeipräsident hätte sich leicht überzeugen können, daß das Gutachten die Unwahrheit enthält. (Glocke.) Vizepräsident Dr. Dove: Wollen Sie behaupten, daß der Polizeipräsident unter Eid die Unwahrheit gesagt hätte? Es war nur ein Vergleich. (Weiterlekt.) In den Sitzungen des Aktionsausschusses hat die General-Kommission niemals teilgenommen, wie in dem Gutachten behauptet wird, und dieses Gutachten wird dem Urteile des Oberverwaltungsgerichtes zugrunde gelegt, um Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampfen und ihnen die Mitgliedschaft der Jugendlichen zu entziehen. Wie das Vereinsgesetz gehandhabt wird, das ist Rechtsbeugung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Marx-Dählendorf (Ztr.):** Es ist die höchste Zeit, daß eine freibeitliche Änderung des Vereinsgesetzes heranzutreten. Auch gegen die christlichen Gewerkschaften und katholischen Vereine ist zeitweilig zu Unrecht vorgegangen worden. Wir verlangen vor allem die Aufhebung des sogenannten

### Sprachenparagrafen.

Trotzdem werden wir die radikalen Bestrebungen in der Polenbewegung nach wie vor energisch bekämpfen. Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen muß beseitigt werden. Selbst der jetzige Reichskanzler hat als Staatssekretär die politische Schulung der Jugendlichen zwecks Bekämpfung der destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie empfohlen. Wir wollen, daß die jugendlichen Arbeiter sittlich gestärkt und mit gewerkschaftlichem Sinne erfüllt werden. Eine Beschränkung der bisherigen Praxis der Polizeibehörden in der Überwachung von Versammlungen ist dringend erforderlich. Auch den Beamten muß das Recht gegeben werden, sich in wirtschaftlichen Vereinen zusammenzuschließen. Das Vorgehen gegenüber den Berliner Schanglenten war rigoros. Es ist Zeit, endlich an eine dauernde Verbesserung des Vereinsgesetzes heranzutreten. (Beifall im Ztr.)

**Ministerialdirektor Dr. Lewald:** Wie bei fast allen Reichsgesetzen, so liegt auch beim Vereinsgesetz die Ausführung in den Händen der Einzelstaaten. Es gibt keine Reichsbeamten, die mit der Ausführung direkt etwas zu tun haben. Also ist auch die Reichsleitung nicht in der Lage, einzuschreiten. (Unruhe und Widerspruch links.) außer, wenn von den Einzelstaaten Ausführungsbestimmungen gegeben werden, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Sie werden zugehen müssen, daß die Behörden von dem Willen und Wunsche getragen sind, das Vereinsgesetz

### frei von Schikanen

durchzuführen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist recht bezeichnend, daß die ganze Debatte sich nicht wie früher gegen die Auslegung der Maßnahmen der Exekutivbehörden richtet, (Lachen rechts), sondern lediglich gegen die Auslegung durch die Gerichte. Es ist nicht zu leugnen, daß, wenn auch von einander abweichende Entscheidungen getroffen werden, sich doch im Laufe der fünf Jahre eine große Sicherheit der Auslegung gebildet und das Vereinsgesetz sich eingebürgert hat. Jetzt besteht keine Neigung zur Einbringung einer Novelle zum Vereinsgesetz.

(Hört! Hört!) Verwahrung muß ich einlegen gegen die Behauptung des Abg. v. Laszewski, das Oberverwaltungsgericht habe einen Rechtsbruch vorgenommen. Die Gerichte begehen keinen Rechtsbruch. (Schallendes Gelächter links. Bravo! rechts.) Was den Sprachenparagrafen angeht, so will ich nur auf den Fall Koald Kmundsen eingehen. Amundsen stand der ganzen Sache fern. Man wollte eine dänische Heerichau halten. (Widerstand.) Amundsen selbst hat sich nicht beschwert. Schließlich hat der Minister die Entscheidung des Regierungspräsidenten zurückgenommen. (Unruhe links.) Entweder beschweren Sie sich, wenn eine Entscheidung nicht zurückgenommen wird, oder Sie beschweren sich, daß die Entscheidung zurückgenommen worden ist. (Sehr gut! rechts.) Dafür, ob ein Verein ein politischer Verein ist, ist nicht maßgebend, was in den Satzungen steht, sondern das, was er tut und will. (Sehr richtig! rechts.) Es ist sehr gut denkbar, daß ein landwirtschaftlicher Verein politische Bestrebungen verfolgt, dann fällt er eben unter das Vereinsgesetz. Dasselbe gilt auch von anderen Vereinen, Turn-, Gesang- und Enthaltensvereinen usw. (Weiterlekt.) Zu behaupten, der Berliner Polizeipräsident habe bewußt die Unwahrheit berichtet, wie dies der Abg. Legien getan hat, so würde mir der Mut fehlen. (Bravo! rechts.) Was das Verbot der Koalition der Berliner Schanglenschaft betrifft, so muß der Disziplinarbehörde das Recht dazu vorbehalten werden, gerade so wie ein Bischof eine Vereinigung von Mönchen verbieten darf. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. v. Veit (Kons.):** Wir sind überzeugt, daß das Vereinsgesetz richtig angewendet wird. (Lachen links.) Der Sprachenparagraf ist zu verstehen vom nationaldeutschen Standpunkt aus, er soll dienen zur Stärkung der Agitation gegen das Großpolentum. Auch meinen wir, daß gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung mit aller Kraft eingeschritten werden muß. Es ist doch ein Unterschied zu machen zwischen der sozialdemokratischen und der nationalen Jugendbewegung, die keine Politik treibt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Sie will nur festhalten an Vaterland und Herrscherhaus. Ist das Politik? (Ruf bei den Soz.: Ja.) Das Gesetz entspricht den berechtigten Anforderungen, und wir lehnen alle Antitage ab. (Beifall.)

**Abg. Merin (Ndt.):** Bezüglich der Judikatur halten wir die bisherige Zuständigkeit der Oberlandesgerichte als Revisionsinstanz für das beste und lehnen den Antrag der Polen ab. Die Befugnisse der Polizeibehörden hinsichtlich der Ausführung des Gesetzes sind nicht zu groß. Gegenüber den Bestrebungen gewisser Kreise, die deutsche Sprache bei Versammlungen möglichst auszuschalten, sind wir für Beibehaltung der bisherigen Vorschriften. Die

### Jugendpflege

besteht nach unserer Ansicht darin, daß man die Jugend hinführt in die Natur und sie nicht mit politischen Dingen beschäftigt. (Beifall rechts.)

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Zuschl. gegen 6 1/2 Uhr.

## Ausland.

### Revolution in Peru.

**Newyork, 4. Febr.** Nach einer Depesche aus Lima ist der Präsident von Peru von den Aufständischen gefangen genommen worden, die unter dem Kommando des Obersten Benavides den Palast des Präsidenten angegriffen hatten.

**Newyork, 4. Febr.** Wie aus Lima gemeldet wird, begann der Angriff auf den Palast um 1.30 Uhr morgens. Tausende stürzten, durch das Schießen in Schrecken gesetzt, auf die Straßen. Die Soldaten erhielten Befehl, Salven in die Luft abzugeben, um Massensammlungen zu verhindern. Ein Pistolenschuß wurde durch eine Kugel getötet. In der Stadt herrschte große Erregung. Die Banken und Läden sind geschlossen. Präsident Willinghurst ist als Gefangener nach Callao gebracht worden, um von dort außer Landes gebracht zu werden.

**Newyork, 4. Febr.** Wie aus Lima gemeldet wird, ist der Ministerpräsident und Kriegsminister Varela in dem heftigen Kampf, der auf die Eroberung des Palastes des Präsidenten folgte, getötet worden. Dr. Auguste Durand, der Führer der Revolutionäre, ist Herr des Palastes. Es heißt, daß er eine neue Regierung bilden werde.

**Paris, 4. Febr.** Die Untersuchung der Militärbehörde von Luneville hat nichts Belastendes für die deutschen Offiziersflieger ergeben. Der Kriegsminister gab daraufhin bezüglich ihrer Abreise einen günstigen Bescheid und der Minister des Innern übermittelte dem Präsidenten des Departements Reute-er-Moselle die Instruktion, daß die Offiziere nach Deutschland zurückkehren könnten. Der abmontierte Apparat wird mit der Bahn nach Deutschland zurückgebracht. — Die beiden deutschen Offiziere sind heute Nachmittag im Automobil nach der Grenze abgefahren.

**Newyork, 4. Febr.** Zwei feindliche Revolutionsarmeen lieferten sich in der Nähe des haitianischen Hafenortes Genawes eine blutige Schlacht. Dreihundert Mann sind tot. Die Anhänger des Senators Theodor wurden von der Gefolgschaft des Generals Drestes Jamor vollständig geschlagen und flohen in der Richtung auf Kap Haitien. Der Sieger, General Drestes Jamor, proklamierte sich später zum Präsidenten.

## Württemberg.

### Dienstnachrichten.

Im Vollmachtsnamen des Königs hat das K. Staatsministerium dem Professor Dr. Kaufe am Gymnasium in Stuttgart-Cannstatt die Rektorstelle an der Wilhelm-Realschule in Stuttgart, dem Rektor Fleischmann an der Realschule in Crailsheim die Rektorstelle an dem Reformrealschulegymnasium und der Oberrealschule in Aalen, dem tit. Professor Pfeife an der Bürgerschule II in Stuttgart die Rektorstelle an der neuerrichteten Bürgerschule daselbst und dem Hilfslehrer Max Bühler an der Gewerbeschule in Reutlingen die auf der Oberrealschulestufe stehende Hauptlehrstelle für Zeichenunterricht an der Realschule daselbst unter Verleihung des Titels eines Oberreallehrers übertragen; die evangelischen Pastoren Hosen, Delanats Besigheim, dem Pfarrer Teufel in Remmst, Amtsdelanats Stuttgart und Laujen, Delanats Balingen, dem Pfarrer Keller in Kuppenheim, Delanats Herrenberg, übertragen; den technischen Oberbaurat Gerhards und Stöckle bei der Generaldirektion der Staatsbahnen je eine Obergeometerstelle bei dieser Behörde, und den Postsekretären Bieleke in Gmünd eine gehobene Postsekretärstelle in Crailsheim und Herzog in Schramberg eine solche Stelle in Wildbad übertragen; die Postsekretär Günter in Ehingen an der Donau nach Schramberg, Fischermaier in Künzelsau nach Tübingen und Jäger in Schramberg zu dem Postamt Nr. 15 in Stuttgart auf Ansuchen versetzt, die Oberpostassistenten Zimmermann bei dem Postamt Stuttgart zum Postsekretär bei diesem Amt, Dufnagel in Gmünd zum Postsekretär bei dem Postamt Nr. 15 in Stuttgart, Kumpel bei dem Postamt Stuttgart, Stahl bei dem Postamt Ulm, Eichengraber in Rünzingen, Eckle in Geislingen an der Steige, Fischer bei dem Postamt Stuttgart, Hoffmann in Geislingen, Vogel in Mergentheim, Ströcher in Sindelfingen, Vögele bei dem Postamt Ulm, Schälte, Schenk und Baumann bei dem Postamt Stuttgart zu Postsekretären bei ihren bermaligen Dienststellen befördert, der Bahnpostinspektor Reuner in Reutlingen Hauptbahnhof unter Verleihung des Titels eines Eisenbahnbetriebsinspektors und der Oberpostkassier Lauterer in Reutlingen je auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt, eine Finanzsekretärstelle bei dem Kameralamt Leonberg dem Finanzpraktikanten Grimlinger in Altensteig übertragen.

## Württembergischer Landtag.

### Zweite Kammer.

ab. Stuttgart, 4. Febr.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch: Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker. Auf der Tagesordnung steht als 1. Punkt die Anfrage des Abg. Sperka (S.) und Gen. an die Regierung betr. Veräuflichung der Interessen der einheimischen Sandsteinindustrie bei der Wahl des Materials für die Fassaden des Empfangsgebäudes des Stuttgarter Bahnhofs. Abg. Sperka (S.) begründete seine Anfrage, 1) ob es den Tatsachen entspricht, daß die Fassaden des Empfangsgebäudes des Stuttgarter Bahnhofs ausschließlich aus Muschelschale hergestellt werden sollen, und welche Gründe für diese ausschließliche Bevorzugung des Muschelschalls zum Schaden der Sandsteinindustrie maßgebend sind, 2) ob überhaupt das zum Bau erforderliche Muschelschallmaterial aus einheimischen Steinbrüchen beschafft werden kann, und ob sie geneigt ist, bei der Auswahl des Materials auch die Interessen der einheimischen Sandsteinindustrie ausreichend zu berücksichtigen? Der Redner führt aus: Es sollte neben dem Muschelschall auch Sandstein im Interesse unserer einheimischen Industrie verwendet werden. Das ist kein außerordentliches Verlangen. Auch bei unserem Hoftheater kamen solche Steine zur Verwendung, und die badiische Eisenbahnverwaltung hat beim Karlsruher Bahnhofsneubau ebenfalls die Verwendung einheimischen Materials bestimmt.

Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker: Es handelt sich hier zunächst um eine reine Verwaltungsangelegenheit; man kann sich fragen, ob diese Angelegenheit vor dieses Forum gehört. Sie beschäftigt jedoch — das ist zuzugeden — noch weitere Kreise, und die Aufgabe der Regierung ist, etwaige Meinungsverschiedenheiten zu zerstreuen. Es ist richtig, daß für die Fassaden ausschließlich Muschelschall verwendet wird. Für die Außenarchitektur kann nach dem Urteil der Sachverständigen nur Muschelschall in Frage kommen. Die Verwendung von Sandstein würde eine andere Gestaltung der Architektur im Gefolge haben müssen. Eine Änderung ist daher nicht mehr angebracht. Der Muschelschall verursacht auch einen geringeren Kostenaufwand und zeichnet sich durch größere Haltbarkeit aus. Im Innern des Empfangsgebäudes, in der großen Saalhalle usw. soll jedoch Sandstein verwendet werden. Ich teile noch weiter mit, daß sie mit Eisenbahnbefehl aufgestellten deutschen Eisenbahnverwaltungen zurzeit darüber in Verhandlung stehen, ob der Grundstoff nur einheimisches Material zu verwenden, hochgehalten werden muß. Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob wir nicht eine gewisse Freizügigkeit einführen sollen. Es scheint mir sehr fraglich, ob nicht die württembergischen Verhältnisse dafür sprechen. Denn unser Land führt mehr Steine aus als ein.

Auf Antrag des Abg. Keil (S.) wird in die Besprechung der Anfrage eingetreten und der zweite Punkt, d. h. der Aufschubantrag zur der Eingabe der Firma Albert Baurer nach in Raubronn damit verbunden.

Vizepräsident Dr. v. Kiene (Ztr.) berichtet über die Bitte der Firma, die dahin geht, Sandsteine am Neubau des Stuttgarter Bahnhofsgebäudes zu verwenden. Der Aufschubantrag will die Eingabe der Regierung 1) in dem Sinn zur Veräuflichung übergeben, daß bei staatlichen Bauten, deren Ausführung unter Verwendung von Sandstein erfolgt, das einheimische Sandsteingewerbe bevorzugt werden soll; 2) im übrigen zur Kenntnisnahme mitteilen.



Baumann (Dp.) bittet die Eisenbahnverwaltung, darauf zu achten, ob auch von den Nachbarstaaten Freizügigkeit eingehalten werde.

Rey (Sp.) hebt die Qualität des Sandsteins hervor, der beinahe 1000 Jahr halte. Auch Baudirektor von Reuffer anerkennt die Qualität des Sandsteins.

Scheff (Sp.) tritt für die Interessen der Sandsteinindustrie in Dettenhausen ein.

Die Abgg. Lermann (Sp.) und Berthold (Bk.) sängen ein Loblied auf den Ruchschalk, von dem große Lager im Bezirk Gerabronn und sonst im Lande vorhanden seien.

Auch die Abgg. Hornung (Soz.), Schweizer (S.), Haag (Bk.) und Leibfried (Sp.) sprechen für den Sandstein, wovon der Ausschussantrag widerspruchlos angenommen wird. Sodann ging das Haus über zu dem Antrag Reil (Soz.) auf Aufhebung der Fahrkartensteuer.

Der Ausschuss beantragte, den Antrag in folgender Fassung anzuschließen: Die Regierung zu eruchen, im Bundesrat für eine möglichst baldige Aufhebung der Fahrkartensteuer unter der Voraussetzung einzutreten, daß der dadurch entstehende Ausfall ohne Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt wird. Nach dem Referat des Berichterstatters, Vizepräsidenten v. Kiene (S.) über die Ausschussverhandlungen erklärte

Ministerpräsident v. Weizsäcker sich mit dem Ausschussantrag einverstanden. Er sei der Regierung eine erwünschte Stütze für ihre Haltung im Bundesrat, wenn einmal wieder die Aufhebung der Fahrkartensteuer verhandelt werde, denn nur um eine Aufhebung könne es sich handeln. An eine Reform der Fahrkartensteuer würden die verbündeten Regierungen nicht herantreten, da ein solcher Antrag der verbündeten Regierungen im Jahre 1909 im Reichstage gescheitert sei. Die Unzufriedenheit des Publikums mit der Fahrkartensteuer erstreckt sich auf die allgemeine Betrachtung, man könnte billiger fahren. Das Publikum habe sich aber an die Fahrkartensteuer insofern gewöhnt, als es garnicht erfahre, was es an Steuer zahle. Die Fahrkartensteuer sei ein Eingriff in einen Staatsbetrieb. Durch die Steuer wurden im Jahr 1911 49 300 M., 1912 582 000 M. nach Berlin abgeführt. 1913 werden es etwa 600 000 M. sein. Diese 600 000 M. könne man in sehr zweckmäßiger Weise im würt. Eisenbahnetat gebrauchen. Der Minister begrüßt die Bewegung gegen die Steuer, verkennt aber nicht, daß die Abschaffung ihre große Schwierigkeit habe. Die Regierung widersetze sich mit allen Mitteln einer durch den Ausfall der Fahrkartensteuer etwa notwendigen Erhöhung der Matrikularbeiträge. Die Frage der Aufhebung der Steuer liege so, daß wir zurzeit vor keiner großen Reform der Reichssteuer stehen, daß die Aufhebung aber nur innerhalb einer großen Steuerreform des Reiches möglich sei.

Abg. Reil (Soz.): Aus den Ausführungen des Ministers geht hervor, daß er nicht die Absicht hat, von sich aus im Bundesrat die Initiative zur Abschaffung dieser Steuer zu ergreifen. Es tut dem Minister leid, daß er am 17. Juli v. J. seine Ansicht so frei geäußert hat. Die Fahrkartensteuer ist eine jedem Menschen verhasste Steuer. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie anderer Ansicht sind, dann beweisen Sie, daß Sie nicht einmal zu den halbwegs verständigen Menschen gehören. Im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage sind Anträge auf Abschaffung der Steuer gestellt worden, aber der schwarzblaue Block hat sie abgelehnt. Das Zentrum war es, das sich für die Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die vierte Klasse aussprach. Ich begreife daher nicht, wie heute Vizepräsident Dr. v. Kiene zu einer anderen Ansicht kommt. Der Verkehr ist unter dem Einfluß der Steuer zurückgegangen. (Der Präsident erteilt dem Abg. Reil einen Ordnungsruf wegen der „halbwegs verständigen Menschen“).

Präsident v. Stieglitz fährt aus, daß der verhältnismäßige Rückgang der Verkehrsleistungen in den Jahren 1909 und 1910 die verschiedensten Gründe habe. Die Erhöhung des I. Klasse-Tarifs allein erkläre diese Erscheinung nicht.

Abg. Körner (Bk.) lehnt die Aufhebung der Fahrkartensteuer ab. Die Bauern tragen zu ihr keinen Feind bei.

Abg. Gauß (Sp.) erklärt den Beitritt seiner Fraktion zu dem Ausschussantrage. Die Fahrkartensteuer habe nach verschiedenen Richtungen hin ungünstig gewirkt. Wertwändig sei, daß der dem Zentrum angehörige Berichterstatter für die Aufhebung eintrete, während der Sprecher des Zentrums im Reichstage, Ergberger, sie abgelehnt habe. Die Abschaffung könne nur erfolgen, wenn ein Ersatz geschaffen werde und das sei außerordentlich schwierig. Sie sei nur möglich bei einer Reichssteuerreform.

Die gleiche Auffassung spricht für die Deutsche Partei der Abg. Baumann aus.

Ministerpräsident v. Weizsäcker erwidert dem Abg. Reil, daß die breiten Massen an der Fahrkartensteuer den geringsten Anteil tragen. Den Vortritt Reils, daß die Regierung keine Initiative zur Abschaffung der Steuer ergreife, weise er zurück. Mehr, als er in den letzten Jahren in dieser Richtung getan habe, zu tun, sei er nicht in der Lage.

Nach einer polemisschen Auseinandersetzung zwischen dem Berichterstatter v. Kiene und dem Abg. Reil wird der Ausschussantrag gegen die Stimmen des Bauernbundes und der Konservativen angenommen. Dann wird abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung.

Bei dem Präsidenten der Zweiten Kammer ist ein Antrag sämtlicher Parteien eingegangen, dahingehend, daß die Frage nach dem Zeitpunkt, bis zu welchem ein Antrag auf namentliche Abstimmung zulässiger Weise gestellt werden kann, dem geschäftsführenden Ausschuss zur Vorbereitung überwiesen werden soll. Mit Schreiben des Staatsministers der Finanzen vom 3. Februar ist dem Präsidenten der Zweiten Kammer der Entwurf eines Gesetzes betr. einen Dritten Nachtrag zu dem Finanzgesetz für die Finanzperiode 1. April 1913 bis 31. März 1915 nebst einem Nachtragsetat zu Kap. 10, in welchem die Mittel für die Errichtung weiterer Landgerichtsdirektorstellen für 1914 gefordert werden, zur verfassungsmäßigen Behandlung zugegangen.

### Zum Fall Wagner.

Die gestern hier ausgesprochene Vermutung, die Bewohner von Mühlhausen würden wohl am wenigsten davon befreit sein, daß Wagner ohne Aburteilung in eine Irrenanstalt überwiesen wurde, findet eine gewisse Bestätigung in den sehr scharfen Äußerungen des Wälderer Bezirksblattes. Der „Ezelschreiber“ nämlich im Hettbrud:

Das ist ein schwerer Schlag für das Rechtsempfinden des Volkes, denn noch niemals ist eine Tat scharfsinniger vorbereitet und genauer ausgeführt worden. Jetzt wird noch mehr wie früher bedauert werden, daß dieser Bestie in Menschengestalt in Mühlhausen nicht der Garaus gemacht wurde. Diejenigen, welche stets behaupteten, Wagner geschehe nichts, er werde einfach einer Irrenanstalt überwiesen, haben — leider Recht behalten und das Rechtsempfinden des Volkes, empört über diesen Ausgang, muß das

als einen Schlag in's Gesicht empfinden. Das Vertrauen zu unserer Justiz als Hüterin und Wächterin des Rechts wurde schmachlich getäuscht und hat einen bösen Stoß erlitten!

Dieses Urteil überschreitet den Kreis sachlicher Erwägung, denn es ist gefällt lediglich auf Grund von Stimmungen und Gefühlen, während sich umgekehrt das Gericht scharf prüfend objektiv an die wissenschaftlichen Grundsätze hervorragender Psychiater gehalten und darnach entschieden hat. Wir halten es hier mit dem „Schwäbischen Merkur“, der sagt:

Es wird nur wenige Leute geben, die es bedauern, daß die schrecklichen Untaten von Degerloch und Mühlhausen nicht noch einmal in allen ihren unmenschlichen Einzelheiten vor der Öffentlichkeit verhandelt werden mußten. Es ist gut, daß die Sensationslust, die schon ihre Haupt erhob, nicht auf ihre Kosten kommt und daß die Alten endgültig geschlossen sind. Der Name des Nordbrenners, der so viel Jammer und Herzleid über unschuldige Familien gebracht hat, soll ausgelöscht sein in der menschlichen Gemeinschaft.

Wie in dem gestern veröffentlichten amtlichen Schreiben mitgeteilt ist, beruht der Beschluß der Strafkammer, Wagner dauernd im Irrenhaus unterzubringen, nicht nur auf den Gutachten der beiden Sachverständigen, sondern auch auf einer dreibändigen, etwa 2700 Seiten umfassenden Selbstbiographie Wagners, die er schon vor 5 Jahren begonnen hatte, und die einen Einblick in das Wesen, Denken, Fühlen und in den Wahn des geisteskranken Nordbrenners gestattet. U. a. hat Wagner in diesen Blättern schon im Jahre 1911 die Untaten von Degerloch und Mühlhausen genau so geschildert, wie er sie dann im Herbst 1913 zur Ausföhrung brachte. Ob, wenn ihn der Untersuchungsrichter über einen Punkt befragte, sagte Wagner, er habe in seinen Memoren darüber schon geschrieben, man solle Seite so und so nachlesen. — Auch aus diesen kleinen Bügen ist zu erkennen, daß Wagner nicht normalen Geistes ist.

Stuttgart, 4. Febr. Die Generaldirektion der Posten und Telegraphen beabsichtigt von Mitte März ab einen Kurs für staatliche Postautomobilfahrer abzuhalten, an dem gelernte Schlosser und Mechaniker, aber auch geeignete Unterbeamte der hiesigen Postämter teilnehmen werden.

Stuttgart, 4. Febr. Kummert hat sich auch das Automobil für die Beförderung von Leichen Eingang verschafft. Ein hiesiges Automobilhaus hat einen Spezial-Leichentransportwagen in Dienst gestellt zur Ueberführung eingetragter Leichen nach dem jeweiligen Bestimmungsort. Das Automobil besitzt Platz für zwei Begleitpersonen, auch ist gegen Witterungseinflüsse Sorge getragen.

Stuttgart, 4. Febr. Im 72. Lebensjahr ist hier der frühere Landgerichtspräsident von Hall, Friedrich v. Weste, der erst im vorigen Jahr in den Ruhestand trat, gestorben.

Tuttlingen, 5. Febr. Vor 14 Tagen kam der Hotelier Th. Wagner z. Schwarzen Wären in Konkurs und gestern hat der Besitzer der renommierten Wirtschaft z. Hecht Albert Käfer Konkurs angemeldet.

Friedrichshafen, 5. Febr. Die Probefahrten mit dem Militärluftschiff „J 7“ sind jetzt abgeschlossen. Die neuen Abzugsvorrichtungen für die austretenden Gase haben sich bewährt. Die Ueberführung nach Dresden wird demnächst erfolgen.

## Nah und Fern. Ein feines Paar.

Bei dem Mörder Wolf in San Remo wurden Briefschaften entdeckt, aus denen hervorgeht, daß er Erpressungen gegen diejenigen Herren vorbereitete, mit denen seine Freundin, die angeblich in London angehaute Ehefrau, in engere Beziehungen getreten war. Verschiedene Barschaften, die er aus Deutschland erhalten hatte, stellten unzweifelhaft das Ergebnis seines schändlichen Erpressungssystems dar. Es wäre nun nicht ausgeschlossen, daß einige der von ihm schon auf diese Weise ausgebeuteten Herren deutscher und vielfach auch tüftlicher Rationalität nun doch noch eine ihnen unliebsam werdende Rolle als Zeugen in dem großen Prozeß übernehmen werden müssen, der dem Verbrecherpaar zunächst in Neuglia bei San Remo gemacht werden wird. Wie das „Neue Tagblatt“ mitteilt, verstand es Wolf ausgezeichnet, den Eifersüchtigen immer dann zu spielen, wenn ein reicher Herr seiner Freundin ins Garn gegangen war. In solchen Fällen kam öfter auch der Revolver zum Vorschein, den die Freundin stets unter ihren Bekleidungen verborgen hielt und der Mörder nach seiner letzten schweren Untat in den Garten des Westendhotels geschleudert hatte. Freilich war bei solchen „Ueberführungen“, die geschickt inszeniert waren, der Revolver nie geladen.

Wolf wuchs in Stuttgart auf und besuchte dort die Elementarschule. Später trat er als Mechaniker in das Geschäft seines Vaters, die dem Tagblatt von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat Wolf vor seiner Reise nach Berlin noch nie Stuttgart verlassen, wodurch die Mitteilungen, daß er einer internationalen Hochstahlerbande angehört und verschiedene Verbrechen in Frankreich begangen haben soll, hinjällig würden. Seinen Leuten erklärte Wolf sein vornehmer Auftreten damit, er habe reiche Freunde, die ihn unterstützen. Seine Reise nach Berlin und San Remo wußte er dadurch verständlich zu machen, daß er angab, sein Freund habe das Examen in der Baugewerkschule gut bestanden und bürge sich als Belohnung dafür die Welt ansehen und ihn mitnehmen. Seine Leute erhielten gleichfalls die erste Kunde von ihm durch die Mitteilung im Tagblatt. Er sei von jeher ein so guter Bub gewesen, daß sie ihm einen Mord nicht zutrauen.

Die Kosten des letzten Schussfalls in Berlin. Der außergewöhnlich heftige Schussfall, der am 30. Dezember vorigen Jahres über Berlin niederging, hat der Stadt die Summe von 410 000 M. gekostet. Im ganzen waren 3,5 Millionen Kubikmeter Schnee zu beseitigen.

### Meine Nachrichten.

In den Umkleekabinen in Dietrichheim brachte der 16 Jahre alte Arbeiter Schöllkopf seine rechte Hand so unglücklich in eine Stanzmaschine, daß die Hand völlig zerquetscht wurde und abgenommen werden mußte.

Bei ihrem Hingang vom Dienst wurden mehrere Angehörige des Gutinger Bahnhofs von einem betrunkenen Revolverhelden durch Schüsse gefährdet, die zum Glück nicht trafen. Es gelang mit Mühe, den rabiaten Menschen zu entwaffnen. Der Täter ist ermittelt und zur Anzeige gebracht.

In Doll bei Oberndorf ist das Rathaus, in dem sich bis vor kurzem auch die Schule befand, vollständig niedergebrannt. Das Feuer entstand auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise im Dachstuhl des ziemlich umfangreichen Gebäudes. Die Alten und das Mobiliar konnten gerettet werden.

Der frühere bremische Großkaufmann und langjährige Präsident des Norddeutschen Lloyd, Geo. Klatt, ist heute im

Alter von 70 Jahren auf seinem Gute Reuglobow in der Mark gestorben.

Während eines Fußballwettkampfes von Sheffield, dem eine sehr große Zuschauermenge beizuohnte, stürzte eine Mauer ein und begrub viele Menschen unter sich. 16 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

## Gerichtssaal. Schwurgericht Heilbronn.

E. Heilbronn, 4. Febr.

Der erste Fall betraf die Anklage gegen den 30 Jahre alten Wagnergejellen Wilhelm Gustav Adolf Pfäffle von Wolfenbrück, Gemeinde Oberrot O. A. Gaildorf, zuletzt in Gutenberg O. A. Kirchheim, wegen Brandstiftung und Diebstahls. Der Angeklagte, der in vollem Umfang geistig ist, hat am 1. Januar ds. J. auf dem Hörichhof bei Rurrhardt eine Scheuer angezündet und daraufhin in dem benachbarten Gallenhof einen Diebstahl verübt. Der Hergang ist folgender: Pfäffle kehrte am Silvesterabend mit einem Kameraden in Waldenweiler ein und brach gegen 1 Uhr nachts von dort auf, um sich zu seinen Pflegeeltern nach Gallenhof zu begeben. Untenwegs kam ihm, da er nur noch 1 Mark bei sich hatte, der Gedanke, durch Diebstahl seinen pekuniären Verhältnissen aufzuhelfen. Er ging nun mit erheblichem Raffinement zu Werke. Um in Gallenhof besser eindringen zu können, zündete er auf dem Hörichhof die mittlere von drei zusammengebauten Scheuern an. Hierauf ging Pfäffle nach Gallenhof und wartete dort im Schweinestall seiner Pflegeeltern, bis die Feuerwehre ausgerückt war. Er wußte, daß der Bauer David Tränkle, der allein ein Haus bewohnt, auch Feuerwehmann ist, und so drang er widerrechtlich dort ein. Es gelang ihm aber nur, 1,50 Mark zu erbeuten, die von Tränkle verwaltete Kasse des Gesangvereins, auf die Pfäffle es hauptsächlich abgesehen hatte, fand er nicht. Nach vollbrachter Tat legte sich Pfäffle unbegreiflicherweise auf das Bett der Tränkle, wo er schlief, bis ihn der Heimkehrende in der Ruhe störte. Nun blieb nichts übrig, als die Flucht durch das Fenster, über Säune und Wiesen. Dabei verlor Pfäffle seinen Wollstab, der dann zu seiner Entdeckung führte. Die Zeugin Luise Strohmeyer, Wittin z. „Köfste“ in Waldenweiler, gibt an, daß Pfäffle in der Silvesternacht in ihrer Wirtschaft ziemlich viel getrunken habe, aber nicht betrunken gewesen sei. Er habe einen eigentümlichen Eindruck gemacht. Zeuge David Tränkle schildert, wie er den Pfäffle in seiner Wohnung vorfand und dieser entfloh. Er habe ihm bei der Dunkelheit nicht erkannt, doch sei ihm seine Person bekannt vorgekommen. Zeuge Schultheiß Laurisch gibt Auskunft über die Jugend des Angeklagten. Von den Pflegeeltern sei er von Anfang an verzogen worden. Auch die später angeordnete Fürsorgeerziehung habe nichts gebruchtet. Die hierauf vorgelegten Schulfragen lauten 1. auf vorsätzliche Brandstiftung, 2. im Fall der Bejahung von 1 auf mildernde Umstände, 3. auf Diebstahl.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Frank, weist besonders auf die absolute Unberechenbarkeit des Angeklagten hin, der schon 1907 einen Brandstiftungsversuch unternommen und 1913 seiner Mutter 90 Mark entwendet hat. Der hohe Schaden von 12—14 000 Mark, der bei dem Brand entstand, müsse berücksichtigt werden. Die Angeklagtheit komme nicht in Betracht. Verteidiger W. Mayer macht zu Gunsten des Angeklagten dessen schlechte Veranlagung und ebenso schlechte Erziehung geltend. Pfäffle habe sich Mühe gegeben, sich zu bessern und aus einer Erziehungsanstalt ein gutes Zeugnis mitgebracht. Mildernde mässe die Angetrunkenheit am Tage der Tat sowie die Jugend des Angeklagten ins Gewicht fallen. Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung sämtliche Fragen. Der Staatsanwalt beantragte hierauf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren 1 Monat 15 Tage und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verteidiger bat, den Diebstahl milde zu beurteilen und die Ehrenrechte nicht abzuerkennen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre und 1 Monat Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Stuttgart, 4. Febr. Unter der Anklage des verführten Totschlags stand heute der erst 30 Jahre alte Hilfsarbeiter Karl Donner von Urach vor dem Schwurgericht. Der Angeklagte geriet an einem Sonntagsabend im Dezember in einer hiesigen Wirtschaft mit dem 24jährigen Schreiner Theodor Söll in einen Wortwechsel, dem dieser schließlich dadurch ein Ende machte, daß er Donner aus der Wirtschaft schaffte. Dabei warf er den Angeklagten in einem Vorraum auf den Boden und schlug ihm auf den Mund. Söll verließ einige Zeit darauf die Wirtschaft, kehrte aber gleich wieder zurück und sagte, er fühle Blut herunterlaufen. Es war ihm von Donner ein Stich beigebracht worden, vor der Wirtschaft aber im Vorraum, konnte eigentlich nicht festgestellt werden. Die Angeklagte nimmt an, daß Donner vor der Wirtschaft gestochen hat. Die Heilung der schweren Stichverletzung — es war die Lunge verletzt worden — nahm einen überraschend günstigen Verlauf. Der Angeklagte wollte sich nicht mehr erinnern können, wie die Sache zugegangen ist. Er war betrunken, aber nicht sinnlos. Von der Verteidigung wurde der Einwand der Notwehr gemacht. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf Freisprechung erfolgte.

Am 5. Febr. Das Schwurgericht verurteilte den Italiener Fernando Gattazo, der in der Nacht vom 1. auf 2. Januar in Salach den Polizeidienstmann Dellach durch Messerstiche in das Herz tötete, wegen Totschlags zu sieben Jahren Zuchthaus. Der der Beihilfe angeklagte Vittorio Moro erhielt wegen einer an einem Pader begangenen Körperverletzung drei Monate Gefängnis.

## Handel und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 4. Febr. Der heutigen Vedermesse in der städtischen Turnhalle waren einige hundert Zentner zugeführt. Die Preise zeigten gegenüber der letzten Messe keine wesentliche Aenderung. Es kostete Scholle 1,70—1,80 M., Bachschleher 1,40 M., Wildobereleher 2—2,40 M., Schmalbeher 2,60 M., Kalbleder 3,50—4 M. per Pfund, Schafleder 15—30 Mark per 10 Stüd.

Ludwigsburg, den 4. Februar. Da die Maul- und Klauenseuche nun auch vollends in Ruchdorf O. A. Wäldingen erloschen ist, ist nunmehr der gesamte Redartkreis wieder seuchenfrei geworden.

„Wo kann man sich hier raffen lassen?“ fragt ein Fremder einen Dienstmann. „Im Gesicht!“ lautet die Antwort.

Wildbad, den 6. Februar.

Gesellen-Prüfungen. Nun ist die Zeit wieder herangerückt, wo die „auslernenden“ Lehrlinge ihr Gesellenstück machen müssen.

Glierende Fenster. Außer seinen sonstigen Darbietungen entzückt uns der Winter unter anderem durch seine schönen Malereien an unseren Fenstern.

Hörten Sie schon?

Humoristische Wochenrundscha von Gottlieb von der Enz

Schon ist der Frühling jezt im Gange. Die Käfte kressen in dem Saun.

Schneeglöckchen blüht nun frisch und munter Als junger Bäckfisch der Natur.

Letzte Nachrichten.

München, 6. Februar. Der Landtag genehmigte einstimmig den Betrag von 600 000 Mark zur Anschaffung von radioaktiven Stoffen für die Kliniken der drei Landes-universitäten.

Berlin, 6. Febr. Der Kaiser hat dem Bildhauer Max Beger aus Stuttgart mehrere Sitzungen gewährt.

Wien, 6. Februar. Die Erben des Großindustriellen Wittgenstein haben der Oesterreichischen Krebsgesellschaft 600 000 Kronen überwiesen.

Versailles, 6. Febr. Der Flieger Krull, der gestern auf einem Doppeldecker über dem Flugplatz Villacoublay Flugversuch machte, ist aus einer Höhe von 200 Metern abgestürzt.

Martigny, 6. Febr. Am Mittwoch Abend verunglückten auf einer Skitour ein deutscher Tourist mit seiner Frau.

Bukarest, 6. Februar. In Filipesoi bei Moreni, wo große Mengen von Petroleum gewonnen werden, erfolgte gestern plötzlich eine Eruption stark salzhaltiger siedender Wasser.

Geifers hat sich eine etwa 500 Meter breite Salzkruste abgelagert.

Gedankensplitter.

Ein schneller Entschluß ist für diejenigen, die nichts zu riskieren haben, leicht. Glück im Herzen schlägt vor Unglück.



Ich sage es Ihnen immer wieder: Sie müssen genau auf das geschlossene Paket mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipp achten.

Druck und Verlag bei Bernh. Hofmannsches Buchdruckerei in Wildbad - Verantwortlich: E. Reinhardt, habelst.

Wildbad-Calmbach.

Hochzeits-Einladung.

Hierdurch erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

Hochzeits-Feier

auf Samstag, den 7. Februar 1914 in das Gasthaus „Zur alten Linde“ in Wildbad und auf Sonntag, den 8. Februar 1914 in das Gasthaus „Zur Krone“ in Calmbach freundlichst einzuladen

August Satt Emilie Pfeiffer Schreiner. Calmbach.

Ausgang um 1/2 1 Uhr vom Gasthaus „zum Firsch“ in Wildbad aus.

Karl Tubach

empfiehlt sich zur Lieferung sämtlicher Kohlen, Aols, Eier- und Union-Briketts in nur erstklassiger Ware zu den billigsten Tagespreisen.

Ferner empfehle ich mich zur Lieferung von Fahrrädern u. Nähmaschinen zu den billigsten Preisen. Ersatzteile stets auf Lager.



Nähmaschinen

erstklassiger deutsche Fabrikate zum Stopfen u. Sticken eingerichtet. Ueber 2 1/2 Millionen im Gebrauch, in Qualität unübertroffen.

Langjährige sachmännische Erfahrung. Reparaturwerkstätte. Ersatzteile. H. Riexinger, Messerschmidmeister.

Rollwasser :-: Grosse Tanne

Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. Februar 1914



Große Schlacht-Partie

wozu höflichst einladet

Forswart Böckle



Mars-Gamache

Beste u. zweckmässigste Wickelgamassche für Bergsteiger, Radfahrer, Rodler, Jäger, Touristen usw.

Mars-Band

Bestes Verschlussband für lange Hosen.

Dauerhaft, porös, wasserdicht. Reine Wolle Tadelloser Sitz.

Vorrätig bei:

Philipp Bosch, Wildbad i. Wtbg.

Neu! Keine kalten Füße mehr!

Heizbare Fussbank

D. R. G. M. Droschken-, Wagen-, Auto-, Kirchen- und Zimmerheizung.

Rauch- und geruchlos. Glühkohlen-Verbrauch: 3 Stunden 1 Pfg.

Alleinfabrikant für den ganzen Oberamtsbezirk Neuenbürg

Johann Hetzel, Schreinerei, Wildbad.

Bad-Anstalt Jungborn

Telefon 109. Telefon 109.

empfiehlt seine Dampf-, Wannen- und med. Bäder, Massagen, Packungen usw. der Einwohnerschaft von hier und Umgebung.

Den Krankenkassenmitgliedern besonders empfohlen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Carl Schmid.

Vorherige Anmeldungen erbeten.

Verloren

1 gold. Nadel mit weißer Perle

1 gold. Brosche. Abzugeben gegen gute Belohnung auf dem

Städt. Fundbureau, Rathaus, Zimmer 1.

Reißigbeisen empfiehlt Wildb. Rath.

Rekruten-Verein Wildbad.

Sonntag, den 8. Februar, nachm. 2 Uhr

Bersammlung im Schwarzwald-Hotel. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.



Ev. Arbeiterverein

Von morgen mittag 1 Uhr ab können

Kohlen

geholt werden.

Der Vorstand.

Wegen vorgerückter Saison verlaufe sämtliche farbigen

Winter-Mäntel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

H. Schanz Damenkonfektion.

Suche auf sofort oder später für meine Schreinerei einen

Lehrling.

Joh. Sehel, Schreinermeister.

Zwiebel, Eier

feinste Tafelbutter empfiehlt S. Köhle.

Kein Husten mehr!

Dr. Bussle's Johannisbeersaft wirkt Wunder. a Flasche 50 u. 30 Pfg. Bei Haus Grundners Nachl., Drogerie, Hauptstr. 86.